

2. Haushaltsrede AfD_ Sitzung des Gemeinderats am 24.06.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, sehr geehrte Mitarbeiter der Stadt, sehr geehrte Heidelberger,

als Vertreter der AfD hatte ich in den letzten Wochen das zweifelhafte Vergnügen, an den diversen Diskussionen zum städtischen Haushalt teilzunehmen. Ich muss sagen, ich bin erschüttert von dem, was in diesen Verhandlungen zum Teil ablief. Insbesondere die Grünen taten sich mit Forderungen hervor, die zwar in keiner Weise mit dem Haushaltsrecht zu vereinbaren sind, bei der grünen Anhängerschaft jedoch gut ankommen. Das Ganze wohlwollend begleitet von einer mit links-grün sympathisierenden Presse.

Von den 290 Änderungsanträgen will ich nur die am meisten diskutierten aufgreifen. Da sollen für rund acht Millionen Euro Radwege geschaffen werden – ohne ausgereifte Pläne, ohne Beteiligung der zuständigen Gremien. Der bereits jetzt drückend auf Heidelberg lastende Schuldenberg soll noch vergrößert werden. Allein fünf Millionen Euro neue Schulden soll die Stadt aufnehmen, um das Eigenkapital der Stadtwerke zu erhöhen. Und zwar einzig und allein zu dem Zweck, dass wiederum die Stadtwerke weitere Schulden aufnehmen können zwecks Verwirklichung klimaideologischer Maßnahmen. Meine Damen und Herren, ein professioneller Hütchenspieler würde angesichts der finanziellen Hütchenspielertricks der Grünen vor Neid erblassen.

Fast unnötig hinzuzufügen, dass es nach den Vorstellungen der Grünen zusätzlich zu all dem noch einen Stellenaufwuchs geben soll, der es ermöglicht, grüne Anhänger in gutdotierte städtische Positionen zu bringen. Ein anderer Zweck ist nicht erkennbar, denn für derartiges Personal gibt es überhaupt keine Aufgaben.

Zur „Gegenfinanzierung“ - in Anführungsstrichen! - sollte das Bahnstadt-Vermögen erhalten oder aber die Autofahrer als der Grünen liebstes Hassobjekt mit horrenden Gebühren für Anwohnerparkausweise - nämlich einer Verzehnfachung - abkassiert werden. Wobei, und das ist wichtig zu wissen, solch ein Ausweis noch längst keinen Stellplatz auf öffentlichem Grund garantiert.

Was die Grünen sich hier als wichtige Fraktion in den Verhandlungen über den Doppelhaushalt einer Großstadt geleistet haben, macht sprachlos. Die einst sprichwörtliche Kaufmannshehre als Metapher für ordentliches Haushalten sucht man in der größten Gemeinderatsfraktion vergeblich. Stattdessen gab und gibt es eine ordentliche Portion grünen Populismus. Ein Populismus, der die Solidität der städtischen Finanzen zutiefst gefährdet.

Um es deutlich zu sagen: Wenn in diesem Gremium unfinanzierbare Luftschlösser mit dem Etikett „Klimaschutz“ verabschiedet werden, dann ist die Gefahr groß, dass unsere Stadt für die Zeit des nächsten Haushalts vom Regierungspräsidium Karlsruhe aus regiert wird. Bereits jetzt konnten notwendige Aufwendungen in Höhe von zwei Millionen Euro nur als Kassenkredite – also mit dem Dispo – beglichen werden. Spielraum für ideologische Träumereien haben wir in diesem Haushalt nicht.

An dieser Stelle noch ein Wort zum Klimaschutz, den die Grünen in diesem Kreis wie eine Monstranz vor sich hertragen. Wann wollen Sie den Menschen sowohl in unserer Stadt wie auch in unserem Land sagen, dass der Klimaschutz, wie ihn sich die Grünen vorstellen, mit deutlichen Wohlstands- und Freiheitseinbußen erkaufte werden soll? Denn darauf läuft es doch hinaus, wenn Sie die individuelle Mobilität der Bürger massiv einschränken und sie – der Kollektivismus lässt grüßen – in Massentransportmittel zu pferchen beabsichtigen. Oder wenn Sie in einem Autoland wie Baden-Württemberg, dessen Wohlstand auf Daimler, Porsche und den vielen leistungsstarken Zulieferern beruht, das Automobil zum Feindbild Nr. 1 erklärt haben. Sagen Sie den dort beschäftigten Hunderttausenden Fachkräften – und ihren Familien -, dass sie sich, wenn es nach Ihnen geht, bald einen neuen Job suchen können. Und wenn Sie schon dabei sind: Sagen Sie den Betroffenen auch, dass sie keineswegs mehr auf solch gutbezahlte Tätigkeiten wie in der Autobranche rechnen können, sondern sich mit wesentlich weniger zufriedengeben sollen.

Die Grünen setzen, ihrem Parteicharakter entsprechend, auf Verbote und Gängelung statt auf innovative Technik. Kein Wort zum Beispiel zu den Möglichkeiten des Geo-Engineering oder von synthetischen Kraftstoffen, die den Schadstoff-Ausstoß um zwei Drittel verringern könnten, wie unsere Bundestagsfraktion kürzlich ausführte.. Und das bei Beibehaltung des bestehenden Fahrzeugparks!

In diesen Haushaltsberatungen ging es zwar in erster Linie um den Haushalt, doch hinter den Zahlen verbergen sich grundlegende Unterschiede zu den Vorstellungen, wie wir in Heidelberg künftig leben wollen.

Wir, die AfD, stehen in diesem Ringen auf Seiten der Freiheit und der individuellen Selbstbestimmung. Wir lehnen Finanzierungen von Ideologieprojekten kategorisch ab. Wir stehen für eine solide Haushaltsführung.

Es reicht eben nicht, den illusorischen grünen Geldforderungen die Spitze zu nehmen. Und es ist keineswegs einzusehen, dass die Verwaltung 15 % einsparen soll, während links-grüne Lieblingsprojekte nicht nur keine Kürzung erfahren, sondern auch noch aufgestockt werden. Der anvisierte Schuldenstand ist nicht akzeptabel. Aus all diesen Gründen können wir diesem Haushalt nicht zustimmen.

Zum Schluss möchte ich im Namen der AfD Herrn Heiß unsere Hochachtung für seine geleistete Arbeit aussprechen. Unaufgeregt, sachlich und stets am finanziellen Wohl der Stadt orientiert erlebten wir unseren Kämmerer. Herzlichen Dank dafür! Und für Ihren neuen Lebensabschnitt wünschen wir Ihnen alle Gute.

Meine Damen und Herren, damit bin ich am Ende meiner Haushaltsrede. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*Für die AfD-Gruppe im Gemeinderat:
Sven Geschinski*